Antrag

der Abgeordneten Dr. Edgar Franke, Christine Lambrecht, Bärbel Bas, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Hilde Mattheis, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Ewald Schurer, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen unter Strafe stellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem vergangenen Juni liegt der begründete Beschluss des Großen Strafsenats des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 29. März 2012 zur Frage der Strafbarkeit von niedergelassenen Vertragsärzten wegen Bestechlichkeit und Vorteilsannahme vor. Der Große Strafsenat hatte dort festgestellt, dass niedergelassene Vertragsärzte nach der gegenwärtigen Gesetzeslage strafrechtlich nicht verfolgt werden können. Im zugrundeliegenden Fall hatte eine Pharmareferentin Ärzten eine Beteiligung in Höhe von 5 Prozent des Medikamentenpreises zugesagt, wenn sie sich bereit erklärten, ihren Patienten künftig bevorzugt Präparate eines bestimmten Pharmaunternehmens zu verschreiben. Die Zahlungen wurden als Honorar für fiktive wissenschaftliche Vorträge ausgewiesen.

Mit dem Beschluss des Großen Strafsenats besteht nun Rechtsklarheit darüber, dass korruptives Verhalten von niedergelassenen Vertragsärzten nach dem geltenden Strafrecht nicht strafbar ist und deshalb auch die Vertreter der Pharmaunternehmen bei Bestechungsvereinbarungen straffrei ausgehen. Der Bundesgerichtshof hält es zwar für berechtigt, der Korruption im Gesundheitswesen mit Mitteln des Strafrechts effektiv entgegenzutreten. Allerdings passt keine der bestehenden Strafvorschriften auf die besonderen Umstände im Gesundheitswesen. Also besteht eine Regelungslücke, die geschlossen werden muss. In seinem Beschluss hat der Bundesgerichtshof eine deutliche Aufforderung an den Gesetzgeber formuliert: „Vor dem Hintergrund der seit längerem im strafrechtlichen Schrifttum geführten Diskussion sowie im Hinblick auf gesetzgeberische Initiativen (vgl. dazu etwa Bundestagsdrucksache 17/3685) zur Bekämpfung korruptiven Verhaltens im Gesundheitswesen verkennt der Große Senat für Strafsachen nicht die grundsätzliche Berechtigung des Anliegens, Missständen, die – allem Anschein nach – gravierende finanzielle Belastungen des Gesundheitssystems zur Folge haben, mit Mitteln des Strafrechts effektiv entgegenzutreten.“

Die Fraktion der SPD hat bereits in dem vom Bundesgerichtshof in Bezug genommenen Antrag vom 10. November 2012 „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ einen Straftatbestand für die Bestechung niedergelassener Vertragsärzte gefordert. Krankenkassen, Patientenvertretungen, Er-

mittlungsbehörden und Teile der Ärzteschaft hatten sich dieser Forderung angeschlossen. Die Bundesärztekammer vertrat dagegen bisher die Position, berufs- und standesrechtliche Regelungen seien ausreichend, Änderungen im Strafrecht seien nicht erforderlich.

Diese Auffassung kann jedoch immer weniger überzeugen, weil nach derzeitiger Rechtslage bei angestellten Ärzten Bestechlichkeit strafrechtlich verfolgt werden kann, bei freiberuflich tätigen Ärzten jedoch nicht. Diese Ungleichbehandlung ist zunehmend schwerer zu erklären, da immer häufiger in medizinischen Versorgungszentren angestellte und freiberufliche Ärzte Tür an Tür derselben Tätigkeit nachgehen. Während die einen wegen Bestechlichkeit verurteilt werden können, wenn sie Geld von einem Pharmaunternehmen für die Verordnung bestimmter Arzneimittel annehmen, bleiben die anderen straffrei.

Mittlerweile hat sich überdies gezeigt, dass berufsrechtliche Sanktionen nur dann erfolgen, wenn Ermittlungen der Staatsanwaltschaften auch zu Anklagen und Verurteilungen führen. Da infolge des BGH-Beschlusses in vielen Fällen die Ermittlungen wegen der fehlenden Strafbarkeit eingestellt worden sind, unterbleiben in diesen Fällen in der Regel auch berufsrechtliche Sanktionen. Dieses Dilemma hat auch die Bundesärztekammer erkannt und ist von der bisher vertretenen Position, dass es keinen Handlungsbedarf gebe, abgewichen. Nunmehr fordert der Präsident der Bundesärztekammer eigene polizeiähnliche Ermittlungsbefugnisse, ist damit jedoch auf breite Kritik gestoßen. Auch einen generellen Straftatbestand, der Bestechlichkeit bei Freiberuflern unter Strafe stellt, befürwortet die Bundesärztekammer inzwischen.

Patientinnen und Patienten müssen sich jederzeit darauf verlassen können, dass die unter Umständen lebenswichtigen Entscheidungen über ihre Diagnostik und Therapie ausschließlich aus medizinischen Gründen getroffen werden. Alleine der Verdacht, Zuwendungen an den behandelnden Arzt könnten z. B. die Auswahl eines Krebsmedikamentes beeinflussen, untergräbt das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient. Nicht die Bestrafung von korrupten Ärzten schadet dem Berufsstand und dem Arzt-Patienten-Verhältnis, sondern die fehlende Regelung und die andauernde Debatte darüber.

Korruption im Gesundheitswesen schadet Patientinnen und Patienten, allen ehrlichen Leistungserbringern und dem Gesundheitssystem insgesamt. Sie ist nicht beschränkt auf den ärztlichen Berufsstand, sondern findet sich in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Sie ist zwar kein Massenphänomen, aber auch keine zu vernachlässigende Bagatelle einzelner schwarzer Schafe.

Appelle, Selbstkontrollen und berufs- und standesrechtliche Regelungen haben sich als unzureichend erwiesen. Es ist notwendig, in unserer rechtlichen Wertordnung klar zum Ausdruck zu bringen, dass Bestechung und Bestechlichkeit hinter dem Rücken von Patientinnen und Patienten und zu Lasten des Gesundheitssystems kein Kavaliersdelikt ist, sondern einen Straftatbestand darstellt. Patientinnen und Patienten haben ebenso wie alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen einen Anspruch auf Rechtsklarheit, wie mit Korruption im Gesundheitswesen umgegangen wird. Hierzu brauchen wir kein Spezialgesetz gegen Ärzte, wohl aber eine spezielle Regelung, die für alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen gilt.

Der Gesetzgeber muss handeln, um im Wettbewerb die vielen ehrlichen Ärzte und auch die übrigen Leistungserbringer vor den wenigen Korrupten zu schützen. Er muss außerdem handeln, um Patientinnen und Patienten die Sicherheit und das Vertrauen zurückzugeben, dass für ihre Behandlung nur medizinische Gründe ausschlaggebend sein dürfen und nicht etwaige Zuwendungen an ihre Behandler.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem Korruption im Gesundheitswesen generell unter Strafe gestellt wird.

Berlin, 30. Januar 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion